



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Margit Wild, Martina Fehlner, Annette Karl, Doris Rauscher, Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Florian Ritter, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Putin nutzt den Hunger als Kriegswaffe: Bündnis für weltweite Ernährungssicherheit schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der unprovokierte, völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gleichermaßen eine Attacke auf die internationale Ernährungssicherheit darstellt. Der Krieg in der Kornkammer des Kontinents droht, weitere Hungersnöte in den ärmsten Ländern der Welt auszulösen. Das Welternährungsprogramm warnt, dass als Folge des Krieges weltweit bald 330 Mio. Menschen an Hunger leiden könnten, aktuell beziffert die UN-Organisation 276 Mio. hungernde Menschen.

Der Landtag begrüßt

- die Zusage von Bundeskanzler Olaf Scholz, Deutschland werde 430 Mio. Euro zusätzlich für die weltweite Ernährungssicherheit zur Verfügung zu stellen,
- die Initiative der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze, ein neues internationales Bündnis für globale Ernährungssicherheit auf den Weg zu bringen, um Millionen Menschen vor dem Hungertod zu bewahren,
- die Ausweitung des Programms zur Ernährungssicherheit und Resilienzstärkung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern, das mittlerweile vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jährlich mehr als einer Mrd. Euro unterstützt wird. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, die Ernährungslage instabiler Staaten durch eine verbesserte Agrarwirtschaft zu stärken.

Der Landtag fordert die Kommission der Europäischen Union und die Mitgliedstaaten auf,

- wie die Bundesregierung ihre Beiträge zum Welternährungsprogramm zu erhöhen und Programme für eine verbesserte Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern zu fördern,
- mit einem europäischen Sorgfaltspflichtengesetz schnell einen Beitrag zu fairen globalen Lieferketten sowie regionalen Märkten zu leisten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Finanzrahmen insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit mit Bayerns afrikanischen Partnerschaftsländern Äthiopien und Senegal, aber auch mit Tunesien sowie den beiden südafrikanischen Partnerprovinzen Westkap und Gauteng deutlich auszuweiten.

Der Landtag dankt den vielen privaten Initiativen und Organisationen, u. a. dem Bündnis „Aktion Deutschland hilft“ und dem EineWelt Netzwerk Bayern e. V., die der weltweiten Ernährungskrise eigene Konzepte, Projekte und/oder Finanzmittel entgegensetzen.

Begründung:

Die Ernte in der Ukraine fällt 2022 aus, weil Landwirte vor dem Krieg fliehen oder ihre Betriebe wegen Kriegsschäden aufgeben oder einschränken mussten. Viele landwirtschaftliche Fachkräfte in der Ukraine verteidigen an den Kriegsfronten ihr Land.

Auf die Ukraine entfielen bis dato immense Weltmarktanteile an landwirtschaftlicher Produktion, die von jetzt auf nachher nicht mehr verfügbar sind: 11 Prozent des Weizens, 16 Prozent der Gerste, 15 Prozent des Maises, 16 Prozent des Rapses, 50 Prozent des Sonnenblumenöls, 9 Prozent des Handels mit Sonnenblumenkernen und 61 Prozent des Sonnenblumenkuchens. Auch Russland hat als bislang bedeutender Exporteur von Weizen, Gerste, Mais, Roggen und anderen Agrarprodukten seine Ausfuhren deutlich zurückgefahren.

Auf das Getreide aus der Ukraine und Russland sind vor allem Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika angewiesen: Dort importieren laut der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) 25 Länder jährlich allein Weizen im Wert von fast zwei Milliarden US-Dollar. UN-Generalsekretär António Guterres spricht von einem „Hurrikan des Hungers“, der in Folge des Kriegs in der Ukraine drohe.

Die Preise auf den globalen Agrarmärkten sind infolge von Klimaschäden und der COVID-19-Pandemie bereits vor der russischen Invasion der Ukraine gestiegen. Weltweit steigende Energiepreise haben zudem wachsende Düngemittelpreise (plus 142 Prozent in 2021) und höhere Energiekosten für Landwirte zur Konsequenz.

„Kurzfristig sind Nahrungsmittelhilfen überlebenswichtig“, betont Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze. Ziel müsse es jedoch sein, „dass die Menschen in den ärmsten Ländern sich selbst versorgen können, damit steigende Weltmarktpreise nicht mehr automatisch zu mehr Hunger führen.“ Die neue Bundesregierung aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP hat in ihrem Koalitionsvertrag ihre politische Ausrichtung festgeschrieben, die Bekämpfung von Hunger und die Erreichung von Ernährungssicherheit mit dem Ansatz zu verknüpfen, den Kampf gegen Hunger und Armut mit dem Einsatz für Klimagerechtigkeit, Biodiversität und für eine sozial-ökologische Wende zu verbinden. Eine verbesserte Landwirtschaft vermeidet mittel- und langfristig Nothilfen, indem u. a. neue Anbaugelände entwickelt und überbeanspruchte Flächen gerettet werden. Nachhaltige Agrartechnologie kann die Produktivität steigern.

Hunger ist das größte Gesundheitsrisiko weltweit. An den Folgen von Unterernährung sterben jährlich mehr Menschen als an AIDS, Malaria oder Tuberkulose. Der Begriff der Ernährungssicherheit umfasst im Übrigen nicht nur die Nahrungsmittelversorgung als solche, sondern laut Definition der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO auch das Recht auf Nahrung und den Zugang zu gesunder Ernährung für alle.